



# Fisch und Vogel



Rundbrief aus der Solidarität mit Christen der Philippinen

---

Nr. 77

April 2012



Foto: Elmer Kristian Dauigoy

## Inhalt

Nachrichten	3	Widerstand organisiert sich	11
Philippinen im Menschenrechtsrat	6	Gina Lopez	13
Bergbau führt zu Armut	8	Gesellschaftliche Relevanz der Kirche	14
Kirche fordert neues Bergbaurecht	9	Nazi-Connections in Manila	16
Redakteur gesucht	10	Letzte Seite	20

ISSN 1860-7152

Liebe Leserin, lieber Leser,  
 die natürlichen Ressourcen unseres Planeten sind begrenzt. Das ist spätestens seit der vom Club of Rome in Auftrag gegebenen Studie „Die Grenzen des Wachstums“ aus dem Jahre 1972 öffentlich bekannt. Trotzdem werden noch immer fossile Brennstoffe, Mineralerze und die in der heutigen Elektronikindustrie so wichtigen Seltenen Erden bis an die Grenzen des wirtschaftlich und technisch Möglichen gefördert. Die Philippinen sind eines der Länder mit den reichsten Bodenschätzen weltweit. Unter etwa einem Drittel der gesamten Landesfläche werden Rohstoffvorkommen vermutet, vor allem Gold, Kupfer und Nickel. Die Minen konzentrieren sich auf die Inseln Mindanao und Palawan und auf die Kordilleren im Norden Luzons. Deutsche Großbanken investieren in Bergbaukonzerne vor Ort. Durch sie fließen jährlich Millionenbeträge in philippinische Bergbauprojekte. In der Bundesrepublik besteht eine enorme Nachfrage nach Mineralerzen. Halbverarbeitet oder als fertige Produkte kommen sie in Form von Computerfestplatten, MP3-Playern und Handys an. Was dies für Mensch und Umwelt bedeutet, rückt dabei meist in den Hintergrund.

Unser-Titelbild zeigt einen Bergmann, der einen stillgelegten Steinbruch der Philex Mining Corporation in Benguet (Nordluzon) kartiert. Regierungsbeamten zufolge sollen hier bald wieder Bäume gepflanzt werden. In der philippinischen Gesellschaft werden verstärkt Rufe nach einer Aufhebung des Bergbaugesetzes laut. Präsident Aquino plant eine Gesetzesreform.

Auch wir in Deutschland, können etwas gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur unternehmen. Wir können unser Konsumverhalten überdenken. Brauchen wir einen neuen Laptop, obwohl der alte noch seinen Dienst tut. Die Fastenzeit, eine Zeit der Besinnung, soll uns die wesentlichen Dinge im Leben erkennen lassen. An Ostern feiern wir die Auferstehung Christi. Sie lehrt uns, dass das Reich Gottes

schon jetzt beginnen kann und hält uns dazu an, die Welt und das Leben auf diesem Planeten so zu gestalten, dass es für alle lebenswert ist. Die Besinnung auf ein solidarisches Miteinander in der Welt, auf ein gutes Leben für alle endet nicht mit der Fastenzeit, sondern sollte uns über das ganze Jahr hinweg begleiten.

In diesem Sinne wünscht die Redaktion Ihnen allen / Dir eine frohe, lebenspendende Osterzeit.

Mit dieser Ausgabe beginnt Zacharias Steinmetz seine Arbeit in der Redaktion von Fisch und Vogel. Im Rahmen eines Internationalen Freiwilligendienstes war er für ein Jahr im Bistum Alaminos (Pangasinan) an der Westküste Luzons tätig. Nun studiert der 22-Jährige Umweltwissenschaften an der Universität Koblenz-Landau.

**Der Name "Fisch & Vogel" bezieht sich auf zwei Symbole:**

**Fisch (griechisch: Ichthys) steht für Jesus Christus, Sohn Gottes, Retter und Vogel (philippinisch: Ibong Malaya) für den Widerstand gegen die Marcos-Diktatur**

Impressum:

**Herausgeber:**  
 Arbeitskreis Ökumenische Philippinen Konferenz  
 c/o Dorothea Seeliger, Jahnstr. 82, 56179 Vallendar

Redaktionsteam:  
 Zacharias Steinmetz, Martina Seltmann, Dieter Zabel  
 Nachrichtenredaktion:  
 Gabriele Hafner und Philippinenbüro im Asienhaus  
 Ständige Mitarbeit: Dr. Rainer Werning

Wir freuen uns über Ihren **Unkostenbeitrag**, der das Erscheinen von Fisch & Vogel garantieren hilft:  
 Kontoinhaber: Bischöfliches Ordinariat Limburg  
 Konto 3700010  
 BLZ 51140029 (Commerzbank Limburg)  
 IBAN: DE08511400290379027600  
 BIC: COBADEFFXXX  
 Verwendungszweck: Fisch & Vogel 2012  
**Kostenstelle: 2140 1016 20** (bitte immer angeben)

Die nächste Ausgabe von Fisch & Vogel, Nr. 78, erscheint im August 2012

### Mehr Unzufriedenheit

Die Beliebtheitswerte des philippinischen Präsidenten sind seit der letzten Erhebung im Dezember landesweit deutlich gesunken. 68 Prozent der Befragten sind mit der Amtsführung von Noynoy Aquino zufrieden, 19 Prozent unzufrieden, das ergab die jüngste repräsentative Befragung durch die Social Weather Stations von Anfang März. Das entspricht der Gesamtnote „gut“. Zuletzt hatte Aquino noch ein „sehr gut“ erreicht, mit 71 Prozent Zufriedenen und 13 Prozent Unzufriedenen. Für den Rückgang der Werte ausschlaggebend ist ein deutlich gesunkener Zufriedenheitswert in den armen Bevölkerungsschichten.

*vgl. Inquirer, 02.04.2012*

### Aktionsbündnis informiert UN-Menschenrechtsrat

Das Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen (AMP) hat Anfang März am Rande der 19. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates eine begleitende Veranstaltung mit namhaften Menschenrechtsverteidiger/innen organisiert, die sich mit der Kultur der Straflosigkeit in den Philippinen befasste. Menschenrechtsverteidiger/innen aus den Philippinen beleuchteten die Schwachstellen im Justizwesen und dem Sicherheitssektor und formulierten Handlungsempfehlungen an die philippinische Regierung mit Hinblick auf die Überprüfung des Landes bei der nächsten Universal Periodic Review (UPR) im Menschenrechtsrat Ende Mai (s. dazu Beitrag von Theo Rathgeber in diesem Heft). Trägerorganisationen des Bündnisses sind Amnesty International, Brot für die Welt, die Diakonie, das philippinenbüro e.V. im Asienhaus, der Evangelische Entwicklungsdienst (EED), Misereor, die Vereinte Evangelische Mission (VEM) und Missio München.

*vgl. Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen, März 2012*

### Vom Schuldnerstaat zum Gläubiger

Jahrzehntlang haben die Philippinen Mittel des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Anspruch genommen. Nun sind sie zum Einzahler geworden. Die Hälfte des philippinischen Beitrags in Höhe von 251 Millionen Dollar ist in Kredite für europäische Länder wie Irland, Portugal und Griechenland geflossen. Die Philippinen hatten im Jahr 2006 alle noch ausstehenden Schulden beim Währungsfonds beglichen. Seit 2010 sind die Philippinen Teil des Financial Transactions Plans beim IWF, in den nur ausreichend stabile Länder aufgenommen werden.

*vgl. PST 22.02.2012*

### Friedensarbeit

In Kuala Lumpur haben Regierung und MILF (Moro Islamic Liberation Front) Ende März eine neue Runde ihrer Friedensgespräche begonnen. Zuletzt war vergangenen Dezember verhandelt worden. Die Regierung hatte damals als Ziel angegeben, noch im ersten Vierteljahr 2012 ein Abkommen auszuhandeln. Der MILF-Vorsitzende hatte bei einem Treffen mit Präsident Aquino

im August offiziell einen strategischen Wechsel vollzogen und war vom Ziel der Unabhängigkeit der Muslime vom philippinischen Staat abgerückt, zugunsten eines „sub-state.“ Die Regierungsdelegation kann jedoch nur über Lösungen verhandeln, die innerhalb der geltenden Verfassung umsetzbar sind. Sie präsentierte zuletzt eine „3 for 1“-Formel für die muslimisch besiedelte Region: massive Investitionen in die wirtschaftliche Entwicklung, eine Friedenslösung und die Anerkennung der kulturellen und historischen Besonderheiten. Die MILF lehnte die Formel damals ab.

Eine weitere Herausforderung für die Verhandlungspartner ist die Tatsache, dass eine dauerhafte Lösung auch abgestimmt werden muss mit und anerkannt von der MNLF und den Vertretern der bestehenden Autonomen muslimischen Region in Mindanao (ARMM). Alle drei Gruppierungen beziehen sich weitgehend auf die gleiche Bevölkerungsgruppe und das gleiche „Bangsamoro“-Territorium. Die MNLF ist die ehemalige, ursprünglich erste muslimische Befreiungsorganisation, die bereits 1996 ein Friedensabkommen mit der Regierung geschlossen und ihre Waffen niedergelegt hat.

Die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) forderte MNLF und MILF dazu auf, ihre Einigungsgespräche in Kürze in Saudi Arabien fortzusetzen.

*vgl. ucanews 20.03.2012, MindaNews 02.04.2012, MB 02.04.2012*

### Engagierter Rat vom Erzbischof

In einem offenen Brief an die Verhandlungsparteien äußerte sich der Erzbischof von Cotabato, Orlando Quevedo, zuversichtlich, dass eine Friedenslösung erreicht werden könne, ohne das Recht auf Selbstbestimmung einerseits und nationale Souveränität und territoriale Einheit andererseits aufzugeben.

Als Kernprobleme sieht der Bischof auf Seiten der MILF den Anspruch auf Gebiete, die bisher nicht zur Autonomen Muslimischen Region (ARMM) gehören. Die Regierung ihrerseits sträube sich gegen den Begriff des Rechts auf Selbstbestimmung und dessen Verankerung durch eine Verfassungsreform. Dieses Recht beinhalte aber keineswegs zwangsläufig eine Sezession und staatliche Unabhängigkeit, meint Quevedo. Außerdem bestehe sie auf einer Reform der ARMM nach der „3 for 1“-Formel.

Weitere Probleme sieht der Erzbischof von Cotabato im mangelnden Willen zur Verständigung zwischen MILF und MNLF sowie der ARMM. Der MILF rät der Kirchenmann in seinem Brief, den Begriff „sub-state“ als Bezeichnung für das künftige Modell der Zusammenarbeit zwischen muslimischem Territorium und philippinischer Republik nicht weiter zu verwenden, weil das eine Sezession suggeriere, die ja gar nicht gewollt sei. Auch mehr Flexibilität bezüglich der territorialen Ansprüche sei nötig, um zu einem Kompromiss zu finden, mahnte Quevedo.

Ein Hauptaugenmerk beider Verhandlungsparteien müsse außerdem darauf liegen, dass die Interessen der Lumad, der ethnischen Völker, die ebenfalls in der Region leben, berücksichtigt werden.

Marvic Leonen, Chefunterhändler der Regierung, wollte

die Punkte des Bischofs nicht kommentieren, während der Chef des MILF-Panels in einer ausführlichen Antwort Flexibilität in den Sachfragen und viel Übereinstimmung mit der Sicht des Bischofs signalisierte.

vgl. *MindaNews* 03.04.2012

### Wieder mehr Guerillakämpfer

Der bewaffnete Arm der kommunistischen Partei der Philippinen hat nach Angaben eines Sprechers in Mindanao seine Guerillatruppen um 20 Prozent verstärkt. Es gebe auf der Insel 42 Fronten der NPA-Guerilla, drei Jahre zuvor seien es nur 32 gewesen. Es wird angenommen, dass sich inzwischen mehr als die Hälfte der regulär bewaffneten NPA-Kämpfer auf der Insel Mindanao befinden.

Die philippinische Armee schätzt die NPA auf eine Stärke von 4.000 Kämpfern. Andere Schätzungen gehen jedoch davon aus, dass die Kämpfer schon beinahe wieder eine Anzahl von rund 20.000 erreicht haben, wie zu ihrer Hochphase in den 80er Jahren. Zuletzt überraschte die NPA im Oktober mit einem massiven Sturmangriff auf drei Bergbaufirmen in Surigao del Norte.

vgl. *MindaNews* 29.03.2012

### Kampfgebiet verlassen

Flüchtlingsfamilien aus den Provinzen Agusan und Surigao auf Mindanao, die ihr Land wegen der Kämpfe zwischen Regierungstruppen und kommunistischen Rebellen verlassen haben, fordern den Abzug bewaffneter Gruppen von ihrem angestammten Territorium. Stammesführer haben sich Ende März mit Regierungsvertretern getroffen, um über die Lage zu diskutieren. Die Armee dementiert Berichte über schwere Kämpfe in der Region und forderte die Flüchtlinge zur Rückkehr auf. Doch die 455 Angehörigen der ethnischen Bevölkerung fühlen sich dort nicht sicher. Eine Vertreterin der Regierungskommission für Menschenrechte hat nun eine Untersuchung der Lage zugesagt.

vgl. *ucaNews*, 02.04.2012

### Lieber Touristen als Bergbaukonzerne

Der philippinische „Mining Act“ von 1995 wird in diesen Tagen überarbeitet. Wie Präsident Aquino in einem Interview mit AFP sagte, sollen die Steuern auf Gewinne aus dem Bergbau drastisch erhöht und die Umweltauflagen verschärft werden. Bisher erhält der philippinische Staat als Eigentümer aller Bodenschätze nur zwei Prozent. Zwei Prozent betrage auch lediglich der Anteil des Bergbaus an der philippinischen Wirtschaft. Die Philippinen bergen mit die weltweit größten noch unausgebeuteten Vorkommen an wichtigen Erzen und Mineralien. Aquino betonte, es gehe seiner Regierung nicht darum, große Kasse zu machen durch den Boom der weltweiten Rohstoffsuche, denn mit dem Abbau seien große Umweltrisiken verbunden. Als Entwicklungsperspektive für das Land peile er vielmehr ein Wachstum der Tourismusbranche an. Das bringe die nachhaltigeren Jobs, während die Einnahmen aus dem Bergbau nach der Ausbeutung der Rohstoffe zu Ende seien. Konkret möchte Aquino bis 2016 jährlich zehn

Millionen Touristen auf die Philippinen locken. Bisher sind es vier Millionen im Jahr. Durch jeden Besucher entstünde ein Job. Daher soll in dem neuen Bergbaugesetz an 78 Standorten, die von Bedeutung für den Tourismus seien, die Ausbeutung von Bodenschätzen komplett verboten werden.

vgl. *International Business Times* 21.03.2012

### Kein Touristenparadies

Am Gründonnerstag sind fast simultan zwei Bombenanschläge verübt worden in der Stadt Puerto Princesa und dem beliebten Ferienort El Nido, beide auf der Insel Palawan. Mindestens drei Menschen sind verletzt worden. Eine Bombe war in einem Reissack neben einer Busstation platziert worden, die andere in einem Müll-eimer direkt neben einigen Cottages, die an Touristen vermietet werden.

vgl. *PST* 06.04.2012

### Gesetze nicht angewandt

Das Aktionsbündnis Menschenrechte-Philippinen unterstrich in einem Brief an den Weihbischof von Manila, Broderick Pabillo, das Anliegen einer deutschen Studiengruppe. Diese hatte Anfang März bei einem Gespräch mit dem Bischof ihre Besorgnis über sich verschärfende Konflikte zwischen indigenen Bewohnern von Bergbaugebieten und der Armee ausgedrückt. Betroffen sind vor allem die indigenen Bewohner in Bong Mal und Datal Biao, wo die Firmen Sagittarius (SMI) und Xstrata große Projekte vorantreiben. Das Aktionsbündnis bat den Bischof, das Thema in seinen regelmäßigen Konsultationen mit dem Militär anzusprechen und sich für eine Behandlung der Fragen durch die Regierungskommission für Menschenrechte einzusetzen. In einem Brief an die Vorsitzende der Menschenrechtskommission verdeutlicht das Aktionsbündnis-Philippinen, dass die staatlichen Stellen offenbar keinerlei Schritte unternehmen, die gesetzlichen Bestimmungen durchzusetzen. Die Studiengruppe konnte Anfang März auf der Fahrt nach Bong Mal eine Versammlung von SMI - Mitarbeitern mit Bewohner/innen eines Dorfes und Soldaten beobachten, obwohl das Umweltministerium den Antrag des Konzerns auf Erteilung einer Umweltverträglichkeitsbescheinigung für das Tampakan-Projekt im Januar 2012 abgelehnt und damit alle weiteren Aktivitäten im Projektgebiet untersagt hatte.

vgl. *Aktionsbündnis Menschenrechte-Philippinen*, 27.03.2012

### Straßenblockaden gegen Umsiedlung

Bewohner des unmittelbaren Projektgebiets der Mine von Tampakan haben Ende März mehrere Straßenblockaden errichtet, um gegen die Umsiedlungspläne der Bergbaufirma Sagittarius Mines zu protestieren. Mitglieder des Volkes der B'laan sollen umgesiedelt werden. Sie erklärten, sie hätten die Blockaden errichtet, nachdem die Bergbaufirma Banner aufgehängt hatte, auf denen die genaueren Bedingungen des vorgeschlagenen Wiederansiedlungsprojekts aufgelistet wurden. Persönlich erläutert hat man den Betroffenen die Pläne bisher



nicht. Die meisten Bewohner können nicht lesen. Die Verlautbarungen enthielten einen Stichtag für Ende März, bis zu dem sich die Bewohner entscheiden sollten, ob sie umsiedeln wollen. Die meisten Bewohner lehnen das aber ab. Sie verfügten über Land, das sie bebauen könnten, wogegen sie in der neuen Siedlung für alles bezahlen müssten, was sie zum Leben bräuchten. Einige Stammesführer unterstützen das Projekt. Die philippinische Armee hat in dem kritischen Gebiet mehrere Stützpunkte errichtet, denn es gebe Drohungen der NPA gegen das Projekt. Die Saggittarius Mines Company versichert, sie befinde sich im Dialog mit den Stammesführern und halte sich an die Vorgaben der Regierung für die Beteiligung der betroffenen Bewohner. Indirekt wurde die Beschuldigung laut, Kirchenleute, die den B'laan zu ihrem Recht verhelfen wollen, hätten diese zur Errichtung der Straßensperren angestiftet.  
vgl. *MindaNews* 26.03.2012

### **Bewaffnete Konflikte um Gold**

Die Suche nach Gold hat in Zentral Mindanao einen Stammeskonflikt und eine Flüchtlingswelle ausgelöst. Ein Clan, der für das Gebiet um Dao ein „Certificate of Ancestral Domain“ beantragt hat sowie eine Bergbaulizenz, ist verantwortlich für die Ermordung eines Clanchefs, der dieses Vorhaben nicht unterstützen wollte. Immer mehr Angehörige aus dessen Clan fühlen sich bedroht und fliehen in die Stadt San Fernando. Der für den Mord Verantwortliche hat die Tat im Radio zugegeben. Es handelt sich um ein früheres NPA-Mitglied, das inzwischen eine paramilitärische Gruppe gegründet hat. Bischof Jose A. Cabantan aus Malaybalay und ein Vertreter der United Church of Christ sagten den Flüchtlingen ihre Unterstützung zu. Der Bischof sprach sich auch aus Umweltgründen gegen die Goldsuche aus, die in der Region bereits illegal betrieben wird.  
vgl. *MindaNews* 29.03.2012

### **Kein offener Tagebau**

Gegen eine Aufhebung des Verbots von offenem Tagebau im philippinischen Bergbau haben sich vier namhafte Bischöfe auf Mindanao ausgesprochen. Erzbischof Orlando Quevedo (Cotabato), Bischof Dinualdo D. Gutierrez (Marbel), Bischof Guillermo Afafe (Digos) und Bischof Romulo de la Cruz (Kidapawan) richteten eine Petition mit den Unterschriften von 30.000 Bewohnern ihrer Diözesen an den Rat der Provinz South Cotabato. Sie seien entschlossen, die Schöpfung zu bewahren und mehr als tausend Pflanzenarten und rund dreihundert endemische Tierarten Mindanaos zu schützen, betonten die Bischöfe. Zudem versorge das Wassereinzugsgebiet rund um das Projektgebiet der Kupfer- und Goldmine Tampakan über 4.000 Hektar bewässertes Farmland. Rund 1.900 Reisbauern, die an die 17.000 Tonnen Reis pro Jahr produzierten, seien auf dieses Wasser angewiesen, heißt es in der Begründung der Bischöfe. Die Aufhebung des Verbots soll das große Bergbauprojekt von Saggittarius Mines in Tampakan vorantreiben.  
vgl. *MindaNews* 03.04.2012

### **Bergbau aus Investorensicht**

Die Ausbeutung der Bodenschätze Mindanaos ist ein Hauptaugenmerk der ASEAN-Staaten für die künftige Entwicklung Südostasiens zur globalen Bergbaumacht. So veröffentlichte der Staatenbund ein Portfolio für Investoren „Investing in ASEAN 2011-2012“, das auch bei dem ASEAN-EU Gipfel Anfang April in Phnom Penh verteilt wurde. In der Veröffentlichung werden die Bodenschätze der Philippinen und vor allem Mindanaos als enormer Reichtum an wichtigen industriellen Erzen und wertvollen Mineralien angepriesen, die etwa eine Billion Dollar wert sind und erst zum Teil erkundet sind. Investitionen in den Abbau der Bodenschätze der Philippinen haben kürzlich durch eine Gerichtsentscheidung Auftrieb erhalten. Sie bestätigte das Recht ausländischer Firmen, 100 Prozent der Anteile an ihren Investitionen zu halten. Bisher erlaubte das Bergbaugesetz von 1995 vollständigen, ausländischen Besitz von Minen nur dann, wenn die Investitionen einen Betrag von 50 Mio. Dollar überstiegen.  
vgl. *MindaNews* 03.03.2012

Unter diesem Link findet sich eine Einschätzung des philippinischen Bergbaus aus der Sicht der deutschen Investorenlobby:

[www.tinyurl.com/fuv77gtai](http://www.tinyurl.com/fuv77gtai)

### **Militärbesuch für Kirchenleute**

Gegen Schikane durch das Militär protestierten Vertreter der Association of Major Religious Superiors of the Philippines (AMRSP) auf einer Pressekonferenz. Acht Soldaten waren in ein Zentrum der Organisation in Quezon City eingedrungen, wo seit Januar 60 Familien Zuflucht gefunden haben. Ihre Unterkünfte in einem Slum waren zerstört worden. Die Soldaten hatten nach dem Vorsitzenden der Task Force of Urban Conscientization (TFUC) gesucht, nachdem Teilnehmer an einer Tagung des World Council of Churches den Flüchtlingen einen Solidaritätsbesuch in dem Zentrum abgestattet hatten.  
vgl. *ucanews* 29.03.2012

### **Noch immer Ärger mit Luisita**

Weihbischof Broderick Pabillo hat als Vorsitzender der Bischofskommission für soziale Fragen (NASSA) den Obersten Gerichtshof aufgefordert, eine sofortige Ausstellung von Landtiteln für die Begünstigten der Landreform auf der Cojuangco Hazienda „Luisita“ anzuordnen. Das Gericht solle endlich auf der Umsetzung seines Beschlusses vom November letzten Jahres bestehen. Die betroffenen Bauern litten zunehmend unter Armut und Hunger. Nur anhand der Landtitel könnten sie endlich ihren Anspruch auf Landbesitz geltend machen. Jede weitere Verschleppung bei der Umsetzung des Gerichtsbeschlusses verschärfe ihre Lage und helfe letztlich dem Cujuangco-Clan die Landverteilung hinauszuzögern.  
vgl. *cbcnews* 23.03.2012

# Menschenrechtslage der Philippinen auf dem UN-Prüfstand

von Theodor Rathgeber

Selten wird die Menschenrechtslage der Philippinen durch ein internationales Gremium kritisch untersucht. Neben den UN-Vertragsorganen, zuständig für die von der Regierung ratifizierten Konventionen, leistet dies momentan nur das **Universal Periodic Review-Verfahren (UPR)** des UN-Menschenrechtsrates (MRR). Mit der Einsetzung des MRR im Jahr 2006 schuf die UN-Generalversammlung ein Verfahren zur periodischen Überprüfung aller Staaten der Vereinten Nationen, dem sich im ersten Zyklus von 2008 bis 2012 tatsächlich alle Mitgliedsländer unterwarfen. Inzwischen kam der Süd-Sudan als neuer Staat hinzu, so dass in den vier Jahren des ersten Zyklus insgesamt 193 Staaten überprüft wurden. Geprüft worden ist im konkreten Fall nicht nur, welchen Menschenrechtsverpflichtungen die Regierung der Philippinen nicht oder nur mangelhaft nachkam, sondern auch, welche internationalen Standards sie gegebenenfalls nicht ratifiziert hat. So haben die Philippinen das Zusatzprotokoll zur Antifolter-Konvention und die Konvention gegen das erzwungene Verschwindenlassen nicht ratifiziert. Beim UPR-Verfahren hilft es nichts, möglichst wenig bindende Vereinbarungen eingegangen zu sein. Dies wird ebenfalls als Mangel bewertet.

Das UPR-Verfahren besteht aus schriftlichen Berichten zur Menschenrechtslage, an denen sich auch nichtstaatliche Akteure mit eigenen Reporten beteiligen können. Auf der Grundlage der vorliegenden Berichte stellen andere Regierungen in diesem Fall der philippinischen in einer bis zu 3,5 Stunden dauernden Anhörung Fragen und sprechen Empfehlungen zur Verbesserung der Menschenrechtslage aus. Die Qualität der Fragen, Kommentare und Empfehlungen durch die anderen Regierungen fällt unterschiedlich aus. Aus dieser Anhörung entsteht ein Bericht nebst getrennt aufgelisteten Empfehlungen, zu denen die Regierung ihre Zustimmung oder Ablehnung zu Protokoll geben sollte. Bericht und Stellungnahme der Regierung werden vom MRR in einem förmlichen Beschluss als Ergebnis des UPR-Verfahrens ausgewiesen. Insgesamt ergibt sich aus der Summe aller Informationen ein recht genaues Bild zur Lage der Menschenrechte sowie der Politik der Regierung.

Der im **Mai 2012** beginnende zweite Zyklus des UPR-Verfahrens weist wenige substantielle Änderungen im Vergleich zum ersten Durchgang auf. Für nichtstaatliche Akteure interessant ist die Möglichkeit der nationalen Menschenrechtskommission, in der Aussprache über den Abschlussbericht direkt nach der Regierungsdelegation eine Stellungnahme abgeben und so einen möglichen Kontrapunkt in der Bewertung der Menschenrechtslage setzen zu können. Nicht immer, aber häufig

liegt die Einschätzung der nationalen Menschenrechtskommission näher bei der Realität der Opfer als bei der Sicht der Regierung. Erwähnenswert ist ebenso die Änderung, dass alle sich für die Anhörung zu Wort meldenden Staaten ein Rederecht erhalten. Dies verhindert, dass wie in der Vergangenheit vorwiegend Claqueure zu Wort kommen.

Nach April 2008 werden die Philippinen Ende Mai 2012 einer zweiten Prüfung unterzogen. Im Vordergrund sollen die damals der Regierung gegenüber ausgesprochenen Empfehlungen durch andere Staaten stehen, die die Regierung akzeptiert hatte. Die Philippinen gehörten zu den ersten Ländern, die sich der UPR stellen mussten. Da damals alle Beteiligten das Verfahren erst noch ausloteten, erhielt die Regierung nur 20 Empfehlungen ausgesprochen. Der Durchschnitt an Empfehlungen in jüngeren UPR-Verfahren liegt bei weit über 100. Von den 20 Empfehlungen akzeptierte die Regierungsdelegation zwölf, vier wies sie zurück, und bei den anderen vier nahm die damalige Regierung weiteren Beratungsbedarf in Anspruch.

**Abgelehnt** hatte die Regierung 2008 die Empfehlung Sloweniens, die Visite des UN-Sonderberichterstatters zu den Folgen des Anti-Terrorismuskampfes für die Menschenrechte zuzulassen. In gleicher Weise abgelehnt wurde Brasiliens Empfehlung, allen Sonderberichterstattern und unabhängigen Experten der UNO vorbehaltlos eine ständige Einladung auszusprechen. Zurückgewiesen wurde die Empfehlung der Niederlande, über die Maßnahmen gegen extralegale Hinrichtungen und erzwungenes Verschwindenlassen einen Bericht zu verfassen. Abgewiesen wurde auch die Empfehlung der Schweiz, das Zeugenschutzprogramm deutlich zu verbessern sowie die Durchführungsverordnungen für die Justiz und das Militär entsprechend zu reformieren.

**Angenommen** wurden Empfehlungen, die eine regelmäßige Berichterstattung an die Vertragsorgane, die Beendigung von Folter, extralegaler Hinrichtungen und der Diskriminierung von Frauen sowie die Einhaltung der Kinderrechte anmahnten. Akzeptiert wurden also Empfehlungen, die vage genug formuliert wurden und der Regierung Spielräume einräumten, um auf jeden Fall ein positives Regierungshandeln ausweisen zu können. Je konkreter und nachprüfbarer die Empfehlung, desto zurückhaltender oder ablehnender die Antwort der Regierung. Die Philippinen bildeten da allerdings keine Ausnahme sondern verhielten sich wie der Großteil der anderen Staaten.

**Grundlegende Deformationen** in Sachen Rechtsstaat und Menschenrechte haben sich auf den Philippinen

trotz neu gewähltem Präsidenten Benigno Aquino nicht geändert. Insbesondere herrscht nach wie vor ein erschreckendes Maß an Straflosigkeit gerade bei schweren Verletzungen der Menschenrechte und Verbrechen gegen das humanitäre Völkerrecht. Nichtregierungsorganisationen (NGO) wie das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen, CIVICUS oder Human Rights Watch bemängeln in ihren Parallelberichten zum zweiten UPR-Verfahren, dass Menschenrechtsverteidiger und soziale Aktivisten nach wie vor ein hohes Risiko bei ihrem Engagement zugunsten der Menschenrechte und des Rechtsstaats eingehen. Entgegen den selbst vagen Zusagen im ersten UPR-Verfahren werden immer wieder die Normen des UN-Übereinkommens zu den zivilen und politischen Rechten sowie der Anti-Folterkonvention in schwerwiegender Weise verletzt; dazu ohne Folgen für die Täter.

So berichten das Action Network Human Rights – Philippines und CIVICUS von mehr als 60 Fällen extralegaler Hinrichtung im Zeitraum von Juli 2010 bis Oktober 2011, in die vermutlich Angehörige der staatlichen Sicherheitsorgane verstrickt sind. Human Rights Watch konstatiert ebenfalls extralegale Hinrichtungen, wenngleich mit kleineren Zahlen und einer Verringerung nach dem Amtsantritt von Präsident Benigno Aquino im Juni 2010. Vor wenigen Monaten erst wurde der italienische Missionar Fausto Tentorio ermordet. Indizien deuten darauf hin, dass in den Mord eine paramilitärische Bande verwickelt ist, die unter der Befehlsgewalt des 57. Infanterie-Bataillons operiert. Fausto Tentorio hatte dem Protest gegen den industriell betriebenen Bergbau und das in diesem Kontext oft zur Ausführung kommende Aufstands- bekämpfungsprogramm *Oplan Bayanihan* eine Stimme verliehen. Der frühere UN-Sonderberichterstatter zum Thema extralegale Hinrichtungen, Philip Alston, hatte sich immer wieder gegen solche Programme ausgesprochen und die Regierung zur kompletten Abschaffung gedrängt, da sie der Straflosigkeit den Weg ebnet.

Die Regierung hatte darüber hinaus 2008 versprochen, die Empfehlungen zur Beendigung der Folter und der extralegalen Hinrichtungen umzusetzen sowie die kriminalistischen Untersuchungen in solchen Fällen verstärkt voran zu treiben. Hunderte von Fällen extralegaler Tötungen sind jedoch bis heute nicht aufgeklärt. Sieben Verfahren mit zwölf Verurteilungen sind bislang die mehr als magere Bilanz, während ansonsten die Quote aufgedeckter Kriminalfälle bei schweren Verbrechen relativ hoch ist.

Die **NGO-Parallelberichte** enthalten Informationen über acht belegte Fälle von erzwungenem Verschwindenlassen in den letzten zwölf Monaten, dem vor allem Kleinbauern zum Opfer gefallen sind. Einer der Fälle handelt von den Kleinbauern Agustito Ladera und Renato Deliguer aus Surigao del Sur, die im Rahmen einer Militäroperation verschwanden. Es wird berichtet, dass sie vom Militär verhaftet und anschließend der Polizei überstellt worden seien, danach nie wieder auftauchten. Ebenso wird über fortdauernde Folter in 29 Fällen im Zeitraum von Juli 2010 bis Juni 2011 berichtet, trotzdem

das Republikgesetz Nr. 9745 Folter ausdrücklich verbietet. Hier hatte die philippinische Regierung im UPR-Verfahren 2008 ebenfalls Besserung zugesagt. Rechtlich ist Folter mit dem Anti-Folter-Gesetz von 2009 durchaus verboten, Regierungshandeln also nachweisbar, faktisch jedoch besteht sie fort.

Bis Oktober 2011 zählten die NGO-Parallelberichte 356 Häftlinge, die aus politischen Gründen inhaftiert worden waren; darunter 35 Frauen, 10 Ältere und 43 Kranke. Die Mehrzahl saß ohne Haftbefehl oder Anklage ein. Menschenrechtsverteidiger und soziale Aktivisten werden mit Anklagen nach dem Strafgesetzbuch überzogen; so medizinisches Personal, das in Konfliktgebieten wie der Cordillera tätig ist. Andere, die sich für Landrechte oder gegen Bergbauaktivitäten engagieren, werden in einem hochmilitarisierten Kontext als ‚Terroristen‘ und ‚Staatsfeinde‘ denunziert. Im Oktober 2011 hatte Präsident Aquino angekündigt, weitere Paramilitärs in Bergbauregionen zu schicken. Ebenso operieren Todeschwadronen gegen Angehörige von sozial deklassierten Schichten in Städten wie Davao City, General Santos City, Digos City, Tagum City oder Cebu City völlig unbehelligt.

Die NGO-Berichte enthalten auch positive Entwicklungen: Das Rom-Statut zum Internationalen Strafgerichtshof trat im November 2011 in Kraft, der Entwurf für ein verbessertes Zeugenschutzprogramm wurde im Februar 2011 wenigstens auf den parlamentarischen Weg gebracht, eine Reform des Strafgesetzbuches eingeleitet, Friedensgespräche mit den Aufständischen der National Democratic Front und der Moro Islamic Liberation Front wurden wieder aufgenommen.

**Was ist** angesichts der skizzierten Sachlage vom UPR-Verfahren im zweiten Zyklus eigentlich **zu erwarten**? Sicher keine kurzfristige Lösung selbst in Fällen schwerster Verletzungen von Menschenrechten, aber doch wiederum ein international anerkannter und amtlich bestätigter Maßstab über das Regierungshandeln in Sachen Menschenrechte. Da die Philippinen über eine aktive und engagierte Zivilgesellschaft sowie eine kritische Presse verfügen, wird diesen mit einem solchen Maßstab der Rücken gestärkt, auf Veränderungen zu dringen. Auch innerhalb der Regierung von Präsident Benigno Aquino gibt es reformorientierte Staatsbedienstete einschließlich bei Polizei, Militär und Justiz, die sich ermutigt fühlen dürfen, auf der Grundlage der erwartbaren Ergebnisse aus dem UPR-Verfahren in Genf die Voraussetzungen für eine professionell gute Arbeit einzufordern. Schließlich sieht das UPR-Verfahren die Konsultation und Einbindung der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der Empfehlungen vor, ein in anderen Ländern wichtiger Bezugspunkt für die Selbstorganisation von Betroffenen. Dies alles können Ergebnisse aus dem UPR-Verfahren befördern. Sie benötigen dazu allerdings das aktive Engagement Handelnder im In- wie im Ausland.

*Fortsetzung auf Seite 11*

## Bergbau führt zu Armut

von Leslie Ann G. Aquino

MANILA, Philippinen - Broderick Pabillo, Weihbischof von Manila und Vorsitzender der nationalen Kommission für soziale Angelegenheiten der Katholischen Bischofskonferenz der Philippinen (CBCP-NASSA), erklärte während eines Bergbau-Gipfels in Makati City, dass Bergbau mehr Menschen in die Armut treibe, als bisher bekannt. Pabillo reagierte damit auf die Aussage des Vorsitzenden von Philex Mining, Manny Pangilinan, nach dessen Meinung Bergbau nicht für die Armut im Land verantwortlich sei. Pangilinan sprach stattdessen von der Abhängigkeit des Menschen von den Rohstoffen des Planeten. „Wenn Sie ein Haus bauen, Ihre Laptops nutzen oder mit Ihrem Auto zur Arbeit fahren – selbst wenn Sie gegen den Bergbau protestieren – in allen Bereichen unseres täglichen Lebens brauchen wir Rohstoffe. Ohne Bergbau können wir nicht leben.“

**Die CBCP forderte die Regierung wiederholt zur Verhängung eines Bergbau-Moratoriums und zur Reform des Bergbau-Gesetzes auf.**

Im Interview versicherte Weihbischof Pabillo, dass die im Bergbau tätigen multinationalen Konzerne nicht gekommen seien, um den Armen zu helfen. Ihre einzigen Interessen seien Profitmaximierung und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen dieses Landes. Wenn es eine Hilfe für die Armen gäbe, so sei sie minimal. Aus diesem Grund solle die Regierung die wirtschaftlichen Interessen einiger weniger Konzerne endlich dem gesellschaftlichen Gemeinwohl unterordnen. „Das Problem ist, dass die Regierung nicht in der Lage ist, die Bergbaufirmen hinreichend zu überwachen“, kritisierte Pabillo. „Warum sieht niemand das fruchtbare Ackerland, sondern nur die Bodenschätze darunter? Sobald man die Rohstoffe abbaut, wird das Land für immer zerstört.“ Die bisher noch unerschlossenen Ressourcen seien nicht nur für einige wenige, privilegierte Menschen dieses Planeten bestimmt. Sie gehörten allen Filipinos und den nachfolgenden Generationen, so Pabillo.

**Nach hitzigen Debatten auf einem offenen Bergbau-Forum in Makati City werden nun auch im Repräsentantenhaus Rufe nach Änderungen der Bergbaugesetze laut. In der Opposition formiert sich Widerstand.**

Antonio Flores, Sprecher der Partei Kilusang Magbubukid ng Pilipinas (KMP), kritisierte die Aussagen Pangilinars. Der Philippine Mining Act sorge in seiner bisherigen Fassung für eine totale Liberalisierung des Bergbaus und diene damit nicht dem Wohl der philippinischen Bevölkerung und der Umwelt.

Kakai Tolentino, Sprecher der Katribu-Partei, forderte den Gesetzgeber auf, den Philippine Mining Act von 1995 so schnell wie möglich zu reformieren, da er dem ausbeuterischen Bergbau Tür und Tor für ausländische Investoren öffne. „Alles, was die Philippinen seit den 17 Jahren nach Inkrafttreten des Philippine Mining Act erreicht haben, ist die Zerstörung der Umwelt, die Vertreibung indigener Bevölkerungsgruppen und die Plünderung unserer reichen Bodenschätze durch ausländische Firmen“, sagte Tolentino.

Tolentino forderte die Koalition um Präsident Benigno Aquino III auf, die viel zu moderate Bergbaupolitik der Regierung umgehend zu ändern. Die bisherige Fassung von 1995 drücke eine unterwürfige Haltung der philippinischen Regierung gegenüber ausländischen Interessen aus. Tolentino forderte die Regierung daher auf, ausländische Bergbau-Vorhaben zu stoppen und die nationalen Ressourcen nachhaltig vor der Ausbeutung durch multinationale Konzerne zu schützen.

Luzviminda Ilagan, Repräsentantin der Gabriela Women's Party, fügte hinzu, dass ein solches Gesetz ihren Vorstellungen von nachhaltiger Entwicklung, technologischem Fortschritt und Industrialisierung widerspreche. Zusammen mit anderen Abgeordneten brachte Ilagan mit der People's Mining Bill unlängst einen alternativen Gesetzesvorschlag im Kongress ein.

Bergarbeitersiedlungen seien ärmer als je zuvor. Die Unternehmen stellten kaum noch neue Arbeitskräfte ein. „Viele Familien hungern, weil ihre landwirtschaftlichen Flächen und Wälder von Bulldozern zerstört wurden und vom Regen ausgewaschen sind“, klagte Ilagan. Die Beschäftigung im Bergbausektor betrage im Durchschnitt nur 0,43 Prozent des gesamten philippinischen Arbeitsmarktes. Nichtsdestotrotz genießen multinationale Firmen steuerliche Vergünstigungen. In den letzten zwei Jahrzehnten fielen gerade einmal zwei Prozent Steuern auf metallische und nichtmetallische Mineralien an.

Zahlen des staatlichen Mines and Geosciences Bureau (MGB) und des Arbeitsministeriums zeigen, dass die Beschäftigung im Bergbau-Sektor zwischen 1990 und 2008 nur um 1,17 Prozent jährlich wuchs. Im Vergleich dazu betrug das Wachstum des gesamten philippinischen Arbeitsmarktes im gleichen Zeitraum 2,53 Prozent.

*Originaltitel: Mining Breeds Poverty, Says CBCP Official March 3, 2012, 10:48pm, Manila Bulletin*

Übersetzung: Zacharias Steinmetz



# Kirche und Gesellschaft fordern ein neues Bergrecht

von Fr. Shay Cullen

Bischöfe, Priester und Laien aller Gesellschaftsschichten ebenso wie Nicht-Regierungs-Organisationen formieren sich gegen den ungerechten, ausbeuterischen und schädlichen Bergbau in diesem Land. Dabei geht es um ein grundsätzliches, ethisches Problem: Seit Generationen leben drei Viertel der philippinischen Bevölkerung ein Leben in Armut, Ausbeutung und Ungerechtigkeit. Nur in wenigen anderen Ländern geht die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander als auf den Philippinen, wo gerade einmal ein Prozent der Bevölkerung 70 Prozent des nationalen Vermögens besitzt.

Die philippinischen Bodenschätze haben Schätzungen zufolge einen Gesamtwert von 680 Mrd. US-Dollar. Das ist das Erbe des philippinischen Volkes. Wenn es nicht durch die reiche Oberschicht gestohlen wird, könnte dieses Vermögen den Weg aus der Armut von Millionen Menschen bedeuten.

Doch die Minderheit von Superreichen, die mit den multinationalen Konzernen gemeinsame Sache macht, versucht all jene wertvollen Mineralien für sich zu beanspruchen und den Menschen dieses Landes vorzuenthalten. Das unrechtmäßige Bergbaugesetz und die Arroyo-Regierung beugten sich den Dieben und gestanden ihnen umfangreiche Steuervergünstigungen zu. Solange die Bergbau-Konzerne keine Gewinne erwirtschafteten, waren sie völlig von Steuerabgaben befreit. Durch eine geschickt manipulierte Buchhaltung konnten clevere Steueranwälte bis zu zehn Jahre lang vortäuschen, dass ihre Betriebe nicht kostendeckend arbeiteten. Die Anti-Bergbau-Allianz (Alliance to Stop Mining) erklärte vor kurzem, „Die Bergbau-Konzerne melken die Philippinen wie eine Kuh und lassen den rechtmäßigen Besitzern der natürlichen Ressourcen nichts als Hundefutter“. Der Bergbau bringt dem philippinischen Volk keinen wirtschaftlichen Vorteil. Das ist eine große Ungerechtigkeit, gegen die etwas getan werden muss.

Die Bergbau-Unternehmen behaupten das Gegenteil. Doch wenn sie ihre Geschäftsbücher, ihre Bankkonten und Steuerzahlungen der Öffentlichkeit zugänglich machten, könnten wir die Wahrheit sehen. Es wäre interessant zu wissen, was sie angesichts der zurzeit astronomisch hohen Preise für mineralische Rohstoffe auf dem Weltmarkt verdienen.

Die Regierung, vom Volk gewählt, um dieses Problem anzugehen will die Menschen nicht wie Hunde behandeln. Um das zu beweisen will der Präsident ein Dekret verabschieden und der Steuerhinterziehung ein Ende setzen. Die Steuern für große Bergbaufirmen sollen von

zwei Prozent auf 20 Prozent erhöht, sowie Korruption und Umweltzerstörung eingedämmt werden. Nichtsdestotrotz, die Verabschiedung eines neuen Bergbau-Gesetzes bleibt die beste Lösung.

Vor Jahren gab die Benguet Corporation den Tagebau in San Marcelino, Zambales auf. Heute ist ein riesiger Krater zurück geblieben. Die Berge mit ihrer Artenvielfalt wurden zerstört und ein ganzes Tal vergiftet. Der Tagebau in Tampakan, South Cotabato nehme mittlerweile solch gewaltige Ausmaße an, dass zwei Empire State Buildings der Länge nach hineinpassen würden, so die Anti-Bergbau-Allianz.

Das philippinische Volk fordert daher einen kompletten Stopp des völlig außer Kontrolle geratenen Bergbaus, der die Umwelt zerstört und weder dem Land noch den Menschen nützt.

Broderick Pabillo, Weihbischof von Manila, sagte, dass der Philippine Mining Act von 1995 umgehend aufgehoben und die neue People's Mining Bill schnellstmöglich durch den Kongress verabschiedet werden solle. So sei der immer lauter werdende Ruf der Menschen aus dem ganzen Land.

Die katholische Bischofskonferenz der Philippinen (CBCP) mit ihren 125 Bischöfen befürwortet dies eindeutig. Die Bischöfe riefen zu einem landesweiten Stopp des großangelegten Bergbaus auf, solange das neue Gesetz nicht verabschiedet ist. Das Ecumenical Bishops Forum äußerte seine Besorgnis über den mutwilligen Missbrauch der natürlichen Ressourcen durch die transnationalen Minengesellschaften mit ihren lokalen Ablegern in Süd-Luzon, besonders in Bicol. „Destruktiver Bergbau ist offenkundig unethisch, ungerecht und sinnlos. Er verschärft die Armut, verschlechtert die Lebensbedingungen der Menschen, bedroht die natürlichen Lebensgrundlagen und das Leben selbst.“, so die Bischöfe.

Da haben wir sie, die nackte, unverblühte Wahrheit. Die Schürfung der Mineralien ist schädlich für die Umwelt, die Einnahmen für die Menschen gleich Null. Das vorgeschlagene Gesetz muss verabschiedet werden, um einen verantwortungsvollen Bergbau zu schaffen, der die Umwelt schützt und gerechte Lebensbedingungen für alle Filipinos garantiert.

Übersetzt von Zacharias Steinmetz

Quelle:

<http://www.preda.org/en/news/fr-shays-articles/church-and-people-call-for-a-new-mining-law/>

## ***"Fisch und Vogel" sucht Redakteur/in***

Zur Verstärkung der Redaktion ab sofort bzw. zum nächst möglichen Zeitpunkt

### **Wir bieten:**

Großen Freiraum in Konzeption und kreativer Gestaltung

Freie Arbeitszeiten und -orte

Angenehme Kooperationspartner/innen

Unbefristetes solidarisches Arbeitsverhältnis

Kein Ärger mit Finanzamt oder Arbeitgeber, da ohne Bezahlung

### **Wir suchen:**

Frau oder Mann

Mit Liebe zu den Philippinen und gutem Blick für wesentliche Aspekte und Entwicklungen, Themen und Ereignisse

Freude am Planen und zupackendem Schreiben

Sprachgefühl und Fehlerblick

Lust, eine Zeitschrift zu machen.

# Der Widerstand organisiert sich

von Dieter Zabel

## Alyansa Tigil Mina (ATM) – Stopp dem Bergbau

2004 war ein kritisches Jahr für den Bergbau in den Philippinen. Bergbaueegner aus Mindanao hatten mit einer Klage gegen das Bergbaugesetz (RA 7942) von 1995 beim Obersten Gerichtshof Erfolg: Die Richter erklärten den Philippine Mining Act am 27. Januar für verfassungswidrig.

Zugleich wurde der Bergbau durch die Executive Order 270-A der Regierung Arroyo vom Januar 2004 revitalisiert. Im Gewand der Förderung nachhaltiger Entwicklung durch verantwortlichen Bergbau bedeutete der Präsidialerlass in Wirklichkeit einen Politikwechsel von der bisherigen Duldung hin zur massiven Förderung des großangelegten Bergbaus, der ausländischem Kapital die Tür zu philippinischen Ressourcen öffnete und Bergbau im folgenden Nationalen Mineral Action Plan sogar in geschützten Gebieten erlaubte.

Bevor das Oberste Gericht am 1. Februar 2005 seine Entscheidung revidierte, hatte sich aus Nichtregierungs- und Volksorganisationen sowie diversen Gruppen der Zivilgesellschaft eine landesweite Bergbau kritische Allianz gegründet: die ATM. Sie versteht sich als gesellschaftliche Bewegung und anwaltliche (Advocacy) Gruppe nach dem Vorbild der Bantay Mina der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts. Sie sieht ihre Aufgabe als die eines Wachhundes zum Schutz der Bodenschätze des Landes und der in ihrem Territorium lebenden Gemeinschaften.

Zum breiten Spektrum seiner annähernd 100 Mitgliedsorganisationen gehören regionale Netzwerke entwicklungspolitischer Gruppen, große wissenschaftliche Einrichtungen, diözesane Zentren für Soziale Arbeit, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen sowie in den Philippinen engagierte ausländische Hilfswerke.

Das Bündnis fordert

- ein nationales Aussetzen (Moratorium) des Großbergbaus,
- das Bergbaugesetz von 1995 und den Präsidentinnen-Erlass von 2004 aufzuheben,
- ein umfassendes alternatives Bergbau-Management-Gesetz zu verabschieden, das die

Rechte der Indigenen Völker und der Gemeinden in den betroffenen Gebieten achtet, und ihnen angemessenen Anteil am Ertrag verschafft.

ATM bezweifelt, dass die staatliche Förderung von Bergbau geeignet sei, die weit verbreitete Armut zu überwinden und die nationale Entwicklung voran zu bringen. Die Bewegung setzt stattdessen auf die Förderung der arbeitsintensiven Sektoren Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Ökotourismus.

ATM bildet damit das Bewusstsein lokaler Bevölkerung für Auswirkungen von Bergbau und stärkt die Fähigkeiten betroffener Gemeinschaften, mit den gesetzlichen Möglichkeiten Widerstand zu leisten. Das Bündnis artikuliert außerdem die Positionen vom Bergbau beeinträchtigter Gemeinden in landesweiten Kampagnen wie im Gesetzgebungsverfahren und formuliert ökologische, gesundheitliche und ökonomische Standards für Kleinbergbau in der Verantwortung lokaler Gemeinschaften.

Website: [www.alyansatigilmina.net](http://www.alyansatigilmina.net)

## Philippine Misereor Partnership

*Georg Krause hat die Entstehungsgeschichte in FuV Nr. 52 / 2003, S.8-10 dargestellt.*

Die Partner von Misereor in den Philippinen und die katholische Fachstelle für Entwicklungszusammenarbeit in Aachen gründeten im Jahre 2002 nach mehrjährigem Konzeptions-, Diskussions- und Entscheidungsprozess die Philippine Misereor Partnership Inc. Kirchliche und säkulare Organisationen sollten kooperativ und partnerschaftlich auf Grundlage regionaler Analysen Entwicklungsleitlinien und Förderschwerpunkte identifizieren und festlegen.

Die erste nationale Vollversammlung beschloss als gemeinsame Agenda Armutsbekämpfung, Sorge für die Umwelt und Friedensförderung. Da alle drei Aspekte in der Bergbauproblematik gebündelt sind, war es konsequent, eine Kampagne zu Bergbau zu beschließen und durch das kleine Sekretariat zu koordinieren. Die Initiative soll Bewusstsein

bilden für die krank machende Wirkung des Bergbaus für Umwelt, Gesundheit und den Bestand kultureller Gemeinschaften sowie die damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen. Sie fördert zudem solidarisches Handeln zum Schutz und beim Gebrauch der natürlichen Ressourcen als gemeinschaftliches Gut und fordert die strikte Umsetzung des Gesetzes über die Rechte der Indigenen Völker (IPRA). PMP ist aktives Mitglied in der Alyansa Tigil Mina, mit seinen derzeit 285 Mitgliedsorganisationen im ganzen Land präsent und in elf umstrittenen Bergbaugebieten in Luzon, Samar, Negros und Mindanao auf der Seite der Benachteiligten engagiert.

Website: <http://pmpipartnership.com>

### Netzwerk Interkultureller Organisationen für Solidarität und Frieden ICON-SP Inc.

Gemeinsam wollen Organisationen der „Drei Völker“ (Indigene, Muslime und Christen) und gesellschaftlicher Teilbereiche Ansätze verknüpfen, die auf gemeinsame soziale Probleme und Anliegen antworten. Das Netzwerk unterstützt die Stärkung und Verbindung der Drei-Völker-Initiativen in einem breiten Bündnis für integrierte Friedensbildung und Anwaltschaft für Menschenrechte, nachhaltige Umwelt und Entwicklung. Dazu gehören vier Partnerorganisationen:

- Die vielsektorale ökologische Bewegung von Columbio (**CMEM**) wurde 1992 gegründet als

Allianz der drei Völker von Columbio, Provinz Sultan Kudarat und 1997 staatlich anerkannt. Zu den zehn sektoralen Organisationen gehören auch Frauen und Jugend.

- Apo Sandawa Lumadnong Panghiusa sa Cotabato (**ASLPC**) ist eine Föderation auf Provinzebene mit elf Organisationen der indigenen Völker und besteht seit 1993.
- Das Gemeinde Entwicklungszentrum Tulunan (**TCDC**) wurde 2010 als zivilgesellschaftliche Organisation der drei Völker errichtet.
- **SoCCSKSarGenDS (AGENDA)** – das Bündnis für echte Entwicklung in den Provinzen bzw. Großstädten South Cotabato, Cotabato, Sultan Kudarat, Sarangani, General Santos und Davao del Sur wurde 2005 für die Zielregion zahlreicher Bergbau-Aktivitäten gebildet.

ICON-SP wurde 2009 durch ehemalige pastorale Laien-Mitarbeiter/innen der Diözese Kidapawan mit dem Ziel aufgebaut, ihren Dienst an den Gemeinschaften der drei Völker fortzusetzen. Schwerpunkte sind Anwaltschaft für Integrierte Friedensbildung, gute Regierungsführung, Menschenrechte, nachhaltige Umwelt und Landwirtschaft. Dazu gehören wesentlich die Rechte der indigenen Bevölkerung auf Achtung ihrer Kultur und rechtliche Anerkennung ihres gemeinschaftlichen Landbesitzes, die durch große Bergbau- und Staudammprojekte sowie riesige Plantagen beeinträchtigt und gefährdet werden.

*Fortsetzung von Seite 7*

### Quellen:

Action Network Human Rights – Philippines (2011); Joint Submission to the Summary of the „Stakeholders Report“, United Nations Human Rights Council, 13th Session of the UPR Working Group, 21 May to 1 June 2012

CIVICUS – World Alliance for Citizen Participation (2011); Submission to the UN Universal Periodic Review on the Philippines, 13th Session of the UPR Working Group, submitted 28 November 2011

Human Rights Council (2008); Universal Periodic Review. Report of the Working Group on the Universal Periodic Review. The Philippines. Final outcome. Dokument Nr. A/HRC/8/28, Genf

Human Rights Watch (2011); The Philippines: Universal Periodic Review Submission, December 28, 2011

Dr. Theodor Rathgeber ist wissenschaftlicher Autor, Gutachter für Menschenrechte, Minderheiten, indigene Völker und entwicklungspolitische Zusammenarbeit, Lehrbeauftragter an der Universität Kassel und für das deutsche Forum Menschenrechte Beobachter beim UN-Menschenrechtsrat in Genf.

Links zum Menschenrechtsrat der UNO:

[www.tinyurl.com/fuv77upr](http://www.tinyurl.com/fuv77upr)

<http://tinyurl.com/fuv77uph>



## Gina Lopez: Bergbau in Insel-Ökosystemen ist verantwortungslos

Von Jack Catarata



Hinzu kommt, dass die zweifache Mutter aus einer der wohlhabendsten und einflussreichsten philippinischen Familien stammt. Zu ihrem Imperium gehören zahlreiche Unternehmen. Eines davon ist der Medien- und Telekommunikationsgigant ABS-CBN. Trotz des Reichtums ihrer Familie ist Gina Lopez Armut und Elend nicht fremd. Zwanzig Jahre lang war sie als Mitglied der indischen Ananda Marga Gesellschaft in Afrika tätig. Während dieser Zeit musste sie als Teil der Gruppenphilosophie jeglichen Kontakt zu ihrer Familie meiden und betteln, um zu überleben.

Nun stellt sie sich als Mitbegründerin des „Save Palawan Movement“ auf die Seite der Umweltaktivisten. Sie fürchten um die einmalige Tier- und Pflanzenwelt Palawans und die Existenz der vielen armen Bauern, sollte die Regierung die Bergbauprojekte auf der Insel genehmigen.

Für Gina Lopez ist klar: Bergbau in einem Insel-Ökosystem zu betreiben ist verantwortungslos. Die Regierung in Manila muss auf die Interessen der Umwelt und der kleinen Bauern eingehen, und nicht auf die der multinationalen Bergbaukonzerne.

Bergbaueegner freuen sich über jede prominente Unterstützung, die sie für ihre Sache gewinnen können. Mit Gina Lopez, der Geschäftsführerin der einflussreichen ABS-CBN-Stiftung, haben sie nun eine charismatische Mitstreiterin gefunden. Vor kurzem kursierte ein Video im Internet, in dem sie mit Befürwortern der Bergbauindustrie debattierte. Dabei wirkte sie nicht nur sehr fachkundig, sondern auch überaus souverän. Ihr Auftreten brachte ihr hohe Sympathien innerhalb des sehr gemischten Publikums ein. Für viele Zuschauer klangen ihre Argumente, die sie in knackigem Businessjargon ohne die sonst unter Bergbauegegnern üblichen „linken“ Parolen vortrug, außerordentlich erfrischend.



Fotos von Riza T. Olchondra / Philippine Daily Inquirer



# Die Hoffnung weigert sich zu sterben

Christen im Bistum Kidapawan gehen neue Wege

von Dieter Zabel

*Fisch und Vogel hat die Entwicklung der Diözese Kidapawan in Zentral-Mindanao wie keine andere seit vielen Jahren begleitet und aus verschiedenen Perspektiven in den Blick genommen: s. die Profile in Heft 27 / 1995 und Nr. 46 / 2001 sowie die Beiträge in Nr. 47 / 2002 S.14f, Nr. 48 / 2002 S.25f, Nr. 51 / 2003 S.9-11, und zuletzt Nr. 73 / 2010 S.18f.*

## Rückblick

Die 1976 als Prälatur gegründete und 1982 zur Diözese erhobene Ortskirche hat sich stets als Kirche der Armen verstanden und wesentlich in Basisgemeinschaften organisiert. Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung waren Leitlinien der Pastoral. Der Dialog zwischen Katholiken, Protestanten und Muslimen wurde auf höchster und mittlerer Ebene gepflegt. Entschlossen an der Seite der um ihr Recht Gebrachten, hat sie Konflikte nicht gescheut.

Die diözesane Märtyrerliste des 20. Jahrhunderts umfasst 47 Namen, 42 von ihnen waren engagierte Führungskräfte in den Basisgemeinschaften. 19 Christen aus einer einzigen Pfarrei, Tulunan, verloren gewaltsam ihr Leben, allein neun im Jahre 1985, dem letzten Jahr der Marcos-Diktatur. Im gesamten Bistum Kidapawan wurden von 1985 bis 1988 34 Christen ermordet, darunter als erster ausländischer Priester Tullio Favali, PIME. Auch im 21. Jahrhundert ist noch immer kein Ende der Gewalt abzusehen.

Seit dem Jahr 2006 wurde ein pastorales Konzept entwickelt, das die Pfarrgemeinden als vorrangige Orte kirchlichen Lebens versteht. In drei Jahrzehnten wurden tausende von Laien für die Umsetzung der Programme auf Pfarreebene bis hinunter zu den Dörfern und Basisgemeinschaften (meistens Nachbarschaftsgruppen) in den Barangays ausgebildet. Die Aufgabe der speziellen Dienste auf Diözesanebene wurde damit als erfüllt angesehen. Das Bistum Kidapawan wollte finanziell selbständig werden und den Zuschussbedarf für die sehr qualifizierten und teuren „Spezial-Programme“ drastisch senken. Künftig sollten die Pfarrgemeinden (faktisch die Pfarrer) entscheiden, welche Dienste sie auf ihrer Ebene für notwendig halten. Entsprechend wurden seit 2006 die diözesanen Program-

me und Strukturen schrittweise abgebaut und die Mitarbeiter/innen (z.T. mit Abfindungen) entlassen. Zuerst traf dies die Abteilung Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung und Frauen, die wesentlich auch für die Dokumentation und Aufarbeitung der Fülle von Menschenrechtsverletzungen zuständig war. Es folgte das gemeinschaftsbezogene Basis-Gesundheitsprogramm CBHP und ab 2009 TFP, das Programm zur Unterstützung der indigenen Bevölkerung. Es hatte in den letzten Jahren seines Bestehens Aufgaben der aufgelösten Programme zusätzlich übernommen und in die eigenen Aufgaben integriert: Alphabetisierungskurse auf Grundlage der eigenen Kultur, Bildung indigener Basisgemeinschaften, Errichtung einfacher Bildungs- und Trainingszentren, Vorbereitung Einkommen schaffender Projekte, Stipendienfonds zur Ausbildung eigener Führungskräfte, Rechtshilfe, Anstrengungen zur Sicherung gemeinschaftlicher Landrechte, Unterricht in Methoden organischer Landwirtschaft, Herstellung und Anwendung von pflanzlichen Heilmitteln.

## Alternatives Engagement

Viele der entlassenen Mitarbeiter/innen mussten ihr materielles Überleben neu organisieren etwa durch Rückkehr zu Gartenbau und Landwirtschaft und intensiverem Anbau auf ihren kleinen Grundstücken, kombiniert mit diversen Nebenerwerbstätigkeiten.

Andere fanden z.T. gut bezahlte Arbeit bei NGOs, etwa als Personal- oder Projektreferentin oder als Verantwortliche für nachhaltige Landwirtschaft. Einige versuchten, die bisherige Tätigkeit in neuen Organisationsformen fortzusetzen und gründeten passende Institutionen und Bündnisse, wie z.B. das Interkulturelle Organisationen Netzwerk für Solidarität und Frieden ICON-SP. Wieder andere heuerten bei einer politischen Gemeinde an (so in Tulunan), nachdem sie die Einrichtung eines Kom-

munalen Entwicklungszentrums bewirkt hatten, das den bisherigen kirchlichen Ansatz der Zusammenarbeit der drei Völker (Christen, Indigene und Muslime) zur Überwindung von Konflikten und Förderung dauerhaften Friedens übernahm.



Foto: Carolin Blöcher

So werden reiche personelle und solidarisch verbundene Ressourcen aus aufgelösten kirchlichen Strukturen in neue gesellschaftlich wirksame Zusammenhänge überführt. Sie können weiter wirksam bleiben, besonders zum Wohle marginalisierter Bevölkerungsschichten. Dazu sind spezielle Initiativen und ein schmerzlicher Prozess nötig. Viele der entlassenen Mitarbeiter/innen litten darunter, dass ihre Arbeit von der Kirche als nicht mehr notwendig wegrationalisiert und damit ihr persönliches Engagement entwertet worden war. Sie hatten für das Leben ihres Glaubens oft keinen passenden kirchlichen Ort mehr. Nicht zuletzt durch zeitraubende, weite Wege zu ihren neuen Arbeitsplätzen schwand ihr bisheriger Zusammenhalt.

### Neubeginn

In diese Situation zielte eine spezielle Initiative: Der Einladung an hundert Ehemalige im November 2010 zu einer „Wiedervereinigung“ folgten vierzig frühere pastorale Mitarbeiter/innen. In mehreren Treffen, die für sie zu einem „Heilungsprozess“ wurden, teilten sie einander mit, was ihnen die bisherige Arbeit bedeutet und inwiefern ihre Kündigung sie verletzt hatte. Gemeinsam suchten sie nach Wegen, auf denen sie weiterführen könnten, was sie bis dahin beruflich erreicht hatten.

Mit 7.000 Peso Saatkapital gründeten sie **ADVANCE**, Lay Advocates for Change and Community Empowerment, gaben sich eine Satzung, wählten eine Vorsitzende und beantragten die Eintragung ins Register des Arbeitsministeriums. Von der langjährigen Arbeit in der Diözese waren ihnen

die Basisgemeinschaften (GKK) als Grundlage des Lebens vertraut. Sie organisieren sich nach ihrem Vorbild und nennen ihren Wohnort GKK-Village, treffen sich regelmäßig zu Gebet und Gespräch über Gott und die Welt, unterweisen ihre Kinder und Enkel im Glauben, beraten gemeinsam alle wichtigen Fragen des Alltags und haben für ihre häufigen Versammlungen eine einfache Halle auf der Plaza zwischen ihren 33 Grundstücken errichtet. Das Areal hatte die Diözese vor vielen Jahren auf Vorschlag der diözesanen Mitarbeiter/innen angesichts ihrer unterdurchschnittlichen Gehälter (mit einem Zuschuss von Missio München) gekauft und an sie verteilt, zum Bau von Wohnhäusern. Diese wurden in einigen Fällen von den Abfindungen des Bistums bezahlt. Den geldwerten Vorteil erstatteten sie in monatlichen Raten zurück.

Mich haben die Kraft des Glaubens, die tragfähige Basis solidarischer Beziehungen und die unzerstörbare Hoffnung sehr beeindruckt, mit denen hier neue Formen des Kirche Seins geschaffen werden – inmitten des Schmerzes über befremdliche kirchliche Entwicklungen und beträchtlicher Herausforderungen durch die alltäglichen Probleme. In derselben Diözese entsteht neben einer Ortskirche, die sich auf ihre Kernaufgaben zurückzieht, eine zweite, die unter heutigen Bedingungen die Sendung „an die Hecken und Zäune“ realisiert, Menschenrechte als integralen Bestandteil des Evangeliums versteht und der politischen Dimension des christlichen Glaubens Raum und Struktur schafft. Zu ihrem faszinierenden Finanzierungsmodell gehören kreativer Umgang mit mangelnden Ressourcen und großzügiges Commitment, das sich aus der Notwendigkeit des Einsatzes für die Marginalisierten speist und – wenn Pesos, Dollars und Euros aufgebraucht sind – auf die Ressource freiwilligen und solidarischen Engagements zurückgreift.

### Ausblick

Daher bleibt die solidarische Beziehung des Berufsverbandes der Pastoralreferent/innen des Erzbistums Bamberg zu den ehemaligen pastoralen Mitarbeiter/innen der Diözese Kidapawan notwendig, wirksam und dringlicher denn je. Ihr Engagement scheut nicht ungesicherte finanzielle Existenz zugunsten des jeweils hier und jetzt Notwendigen. Die regelmäßigen Beiträge speisen einen Notüberbrückungsfonds zur freien Verfügung bei kurzfristig auftauchendem dringendem Bedarf. So wird die katholische, in anderen Worten weltkirchliche oder ökumenische Dimension von Kirche auch in dieser alternativen Form der Ortskirche spürbar.

# Nazi-Connections in Manila

## Ein Kapitel Zeitgeschichte

Von Rainer Werning

*Während des Zweiten Weltkriegs waren Japan und Deutschland enge Verbündete. Als die japanischen Truppen vor 70 Jahren in Manila einmarschierten, hatten ihnen die Nazis in Kooperation mit spanischen und philippinischen Reaktionären längst den Weg geebnet.*

Anfang Mai jährt sich zum 67. Mal das Ende des Zweiten Weltkriegs, der in Ost- und Südostasien erst Mitte August 1945 endete. Hauptaggressoren und enge Kriegsverbündete waren Nazi-Deutschland und der japanische Militarismus. Verfochten erstere eine „Blut-und-Boden“-Ideologie, um sich „Lebensraum im Osten“ zu sichern, so verfolgte Tokio ab August 1940 offensiv das von Außenminister Matsuoka Yōsuke vorgestellte Konzept der „Größeren Ostasiatischen Gemeinsamen Wohlstandssphäre“. Gerechtfertigt wurde diese u.a. wie folgt: „Um den Weltfrieden zu gewährleisten, scheint es ein sehr natürlicher Schritt zu sein, dass die Völker, die geografisch, rassisch und wirtschaftlich eng miteinander verbunden sind, zuerst eine eigene Sphäre der Koexistenz, des gemeinsamen Wohlstands, des Friedens und der Ordnung schaffen. Gleichzeitig sollten sie ein Verhältnis der gemeinsamen Existenz und des wirtschaftlichen Wohlstands mit anderen Sphären sichern. [...] Die Länder Ostasiens und der Südseeregion sind geografisch, historisch, rassisch und wirtschaftlich eng miteinander verbunden. Sie sind zur Zusammenarbeit bestimmt und sollten sich um die gegenseitigen Bedürfnisse im Interesse des gemeinsamen Wohlergehens und des Wohlstandes kümmern. Das fördert den Frieden und Fortschritt in ihren Regionen.“ (1)

Die Vorstellung von einer japanischen Überlegenheit über andere asiatische „Rassen“ war bereits im späten 19. Jahrhundert entwickelt worden, nachdem Japan 1905 das erste asiatische Land wurde, das eine westliche Macht – Russland – besiegt hatte. Mit den Worten des Historikers Peter Duus erlaubte es die Ideologie der Großostasiatischen Wohlstandssphäre den Japanern, sich „im Sprung vom Abstellgleis zur Lokomotive der Geschichte“ vorzuarbeiten. (2) Ultrationalistische Gruppen glaubten, die moralische Reinheit der Yamato-Rasse und Japans einzigartige Abstammung von der Sonnengöttin Amaterasu berechtigten die Japaner dazu, eine führende Rolle im Kampf gegen den westlichen Kolonialismus und Imperialismus in Asien zu spielen.

Die japanischen Führer benutzten die „Wohlstands-

sphäre“ in ihrer Propaganda gegenüber dem Volk Japans wie auch den Völkern anderer asiatischer Länder. Sie errichteten von Tokio kontrollierte Marionettenregierungen mit einheimischen Führern, die die „Unabhängigkeit“ ausriefen und eine Politik der „Japanisierung“ dem eigenen Volk gegenüber verfolgten, die wenig oder gar keine Rücksicht auf einheimische Bräuche und Religionen nahm.

### Generallinie à la Faupel

Als Alliierte waren die Nazifaschisten und die japanischen Militaristen durch ein gleichartiges Konzept von Überlegenheit und Hegemonie verbunden. In den Philippinen verbreitete man dieses Konzept, indem man sich auf Elemente der äußersten Rechten stützte, die Verbindungen zum „alten Mutterland“ Spanien besaßen. Bereits 1936 sagte Reichsmarschall Hermann Göring, dass „Spanien der Schlüssel zu zwei Kontinenten ist“. Indem sie Spanien kontrollierten, glaubten die Nazis, dass sie sowohl Europa als auch Lateinamerika beherrschen könnten. Sie erkannten, dass sie die spanische Republik zerschlagen mussten, um durch Spanien in Ibero-Amerika Fuß zu fassen. Deshalb arbeitete das Dritte Reich eng mit Offizieren der spanischen Armee zusammen, um General Francisco Franco im Jahr 1936 an die Macht zu bringen (3), und bediente sich der Falange von José Antonio Primo de Rivera als Basis in Spanien und als Vehikel, um in Ibero-Amerika einzudringen.

Die Falange Exterior, eine Spanisch sprechende Abteilung der NSDAP-Auslandsorganisation, wurde zu diesem Zweck geschaffen. Spanien, das geografisch die Einfahrt zum Mittelmeer vom Atlantik her beherrscht und die „Flanke“ zu Frankreich bildet, übte immer noch einen gewaltigen Einfluss auf Lateinamerika aus aufgrund der starken kulturellen und wirtschaftlichen Bindungen zwischen der Aristokratie Spaniens und derjenigen Lateinamerikas. Außerdem hat das gewichtige Erbe des Katholizismus in Spanien wie in Lateinamerika den spanischen Einfluss in jenem Teil der Welt verstärkt.

Um Spaniens geopolitischen Einfluss als Speerspitze der imperialistischen Pläne der Nazis zu nutzen, wandte sich das Dritte Reich an General Wilhelm von Faupel und setzte ihn als neuen Leiter des Ibero-Amerikanischen Instituts in Berlin ein. Von Faupel hatte an mehreren Kriegsschauplätzen gedient. Für das deutsche Kaiserreich kämpfte er in Afrika und China. Später wurde er ein erbitterter Gegner der Weimarer Republik, der bereitwillig die Nazis als Gegengift zur deutschen Demokratie akzeptierte. Von Faupel war allgemein bekannt als „I.G.-General“ – das bezog sich auf den deutschen Chemiekonzern I.G. Farben, der zu einem der großen finanziellen Förderer von Adolf Hitler und der Nazipartei avanciert war. Auch hatte er bereits wichtige Erfahrungen in Ibero-Amerika gesammelt. 1911 schloss er sich dem Lehrkörper der Argentinischen Militärakademie in Buenos Aires an; 1921, nach dem Ersten Weltkrieg, war er Militärberater des Generalinspektors der argentinischen Armee; 1926 bekleidete er einen hohen Posten in der brasilianischen Armee; danach wurde er Generalinspekteur der peruanischen Armee. (4)

Von Faupel und die Nazis wiesen die königstreuen und katholischen Rechtsparteien zurück und entschieden sich für die Falange als Instrument zur Gewinnung der Vorherrschaft über Spanien. Von Faupel machte sich dann an den Aufbau der „Falange Exterior“ als faschistische Fünfte Kolonne in der Spanisch sprechenden Welt – einschließlich der Philippinen. Spanische Faschisten wurden von der Gestapo ausgebildet, um für die Achsenmächte zu arbeiten. Es gab entsprechende Schulen für Spanier in Hamburg, Bremen, Hannover und Wien. Die Absolventen erhielten ein Offizierspatent im Nachrichtendienst der spanischen Armee, dem SIM. Im Vorfeld der japanischen Angriffe auf Pearl Harbor und die Philippinen Ende 1941 hatten die Nazis bereits verabredet, dass die spanische Falange den Weg für die japanische Übernahme der Philippinen ebnen sollte. General von Faupel setzte José del Castaño als Regionalleiter der Falange Exterior für die Philippinen ein, und Spanien ernannte ihn zum Generalkonsul in der philippinischen Hauptstadt, wo er unter anderem mit zwei der reichsten Geschäftsleute Manilas, Enrique Zobel und Andres Soriano, zusammenarbeitete. Zobel, der den Posten eines „Konsuls“ des Franco-Regimes innehielt, behauptete, er sei persönlicher Vertreter Francos in Manila.

### „Matronen wie Sturmpanzer“

„Manila, wohin José del Castaño per Schiff im Winter 1940 fuhr, war in vieler Hinsicht leidenschaftlicher falangistisch eingestellt als man es in Madrid selber war“, schrieb Allan Chase in seinem Buch „Falange: The Axis Secret Army in the Americas“ (Falange: Geheimarmee der Achse in Amerika; 1943), und er fuhr fort:

„Zur absoluten Verblüffung des neuen Generalkonsuls und neuen Regionalleiters veranstalteten die fünf Unterabteilungen der philippinischen Falange Exterior ein Schauspiel für ihn, dessen pure Größe im Madrid von 1936 kaum hätte übertroffen werden können. Das Ereignis fand statt im Dezember 1940 in einem Stadion in Manila – gemietet zu einem nominellen Preis von dem Besitzer, einem spanischen Geschäftsmann. Um die Feierlichkeiten zu eröffnen, marschierten uniformierte Fünf- und Sechsjährige in militärischer Formation übers Feld, begleitet von der Musik einer Blaskapelle. Die kleinen Jungs trugen Uniformen – blaue Hemden und kurze Hosen sowie Koppel mit Schulterriemen wie die Exploradores (Pfadfinder). Aber sie waren keine Exploradores, sondern Jovenes Flechas (Junge Pfeile) de Falange. Anfänglich waren die Uniformen mehr oder weniger gleich. Zunächst wurde den Jovenes Flechas beigebracht, wie man marschiert, wie man Cara al Sol, die Falange-Hymne, singt und wie man brazo en alto (mit hochoberem Arm) grüßt, wenn man ‚Franco! Franco! Franco‘ ruft. Später würden sie wie die Älteren lernen, wie man schießt. Nach den kleinen Kerlen kam die Seccion Femenina de la Falange de Manila. Diese weibliche Truppe war eine absolute Überraschung für del Castaño. Sie umfasste die Bandbreite von fünfjährigen Vorschulmädchen bis zu Krankenschwestern im Teenageralter und Matronen wie Sturmpanzer – alle marschierten in makellosen blauen Uniformen hinter den Fahnen der Falange und des königlichen Spanien, salutierten zackig mit dem vorgeschriebenen steifen Arm und betrogen sich wie Frauen, die würdig sind, die Betten und Küchen der neuen Konquistadoren zu zieren. Als die Falange ihre fünf Pfeile über den Horizont stieß, sahen die reichen Spanier in den Philippinen in ihnen die Wegweiser zu der Art von spanischem Weltreich, das ihre Väter wirklich gekannt hatten.“ (5)

Die Politik, die del Castaño verfolgte, kann am besten mit seinen eigenen Worten zusammengefasst werden: „Unsere faschistischen Brüder in Japan“, pflegte der Generalkonsul zu sagen, „sind mit uns im gemeinsamen Kampf vereint. Wenn sie zuschlagen, müssen wir ihnen helfen. Wenn wir zuschlagen, werden sie uns helfen.“ Und das taten beide denn auch. Die wirkungsvollste Methode, den Weg für die Japaner zu ebnen und ihnen zu helfen, bestand darin, die philippinische Civilian Emergency Administration (C.E.A., Zivilschutzbehörde) – zumindest wesentliche Teile davon – zu unterwandern und letztlich lahm zu legen. Der Erfinder dieses Plans war niemand anderes als der kriegserfahrene und verschlagene General von Faupel, der bestens mit spalterischem Taktieren vertraut war und nur allzu gut wusste, dass der „moderne totale Krieg“ der Krieg der organisierten Heimatfront ist.

### Unterwanderte Zivilverteidigung

Chase schrieb: „Zivilverteidigungsorganisationen mögen nicht so entscheidend sein wie Armeen, aber sie sind eine Notwendigkeit. Manila lehrte die Welt, was für eine Gefahr die Zivilverteidigungsorganisation einer Stadt darstellt, wenn sie dem Feind in die Hände fällt. Dank der Falange und deren Regionalleiter, dem spanischen Generalkonsul José del Castaño, war die Heimatfront vollkommen desorganisiert. Die Zivilverteidigungsorganisationen, geschaffen um die Moral der Zivilbevölkerung zu stärken und der Wirkung feindlicher Luftangriffe zu begegnen, erreichten genau das Gegenteil. Um 15 Uhr am Nachmittag des 2. Januar 1942 marschierten die Japaner in Manila ein; ihre militärischen Aufgaben wurden tausendfach erleichtert durch die wirkungsvolle Arbeit der Fünften Kolonne in der Stadt selbst. [...] Die Gesamtzahl der Falange-Mitglieder in den Philippinen ist nur sehr wenigen Leuten bekannt – vertrauenswürdige Quellen schätzen ihre Zahl auf knapp zehntausend. Wäre nur die Hälfte der gerissenen Falangistas gegen die Zivilverteidigungsorganisation so vorgegangen, wäre der Zweck der Achsenmächte auch erfüllt gewesen. Alle Falangistas, die sich in der Zivilverteidigung engagierten, erhielten eine besondere Ausbildung durch eng mit del Castaño verbundene hochrangige Falangisten. [...] Die Falangistas in der philippinischen zivilen Notstandsbehörde waren eine ausgebildete Armee der Fünften Kolonne der Achse. Sie wurden auf ihre Posten gehievt von dem Nazigeneral, der als Gauleiter in Spanien saß, und sie berichteten direkt an den Hauptverbindungsman für die gesamte Spionageorganisation der Achse auf dem Archipel.“ (6)

Ungeachtet der Tatsache, dass die US-Regierung bereits Mitte Juni 1941 die Regierungen von Deutschland, Italien und Japan aufgefordert hatte, alle ihre Konsulate auf dem Boden der Vereinigten Staaten und deren Territorien bis zum 10. Juli zu schließen, übernahm José del Castaño provisorisch die Konsularaufgaben aller drei in Manila zu schließenden Konsulate.

„Nicht öffentlich bekannt gegeben, aber trotzdem genauso amtlich“, bemerkte Chase, „war die Bestellung José del Castaños auf den wichtigsten Spionageposten der Achsenmächte in den Philippinen nach dem 18. Juli 1941. Der Falangechef wurde oberster Verbindungsman für die gesamte verdeckte Arbeit der Achsenmächte auf den Inseln. Die Büros seines Generalkonsulats wurden Hauptquartier, Postamt und Clearingstelle für das gesamte Spionagenetz der Achse. [...] In New York, London und Moskau beklagten freie Männer und Frauen die Tragödie, die sich in Manila zugetragen hatte. Aber in Granada, Spanien, fand am 5. Januar 1942 eine Freudenfeier der Falange statt. Pilar Primo de Rivera, die psychopathische Schwester des jungen Primo und Chefin

der weiblichen Abteilung der Falange, riss die Menge schreiend von ihren Sitzen. Im Namen der philippinischen Sektion der Falange Española (...) nahm Pilar Primo de Rivera einen offiziellen Orden der japanischen Regierung entgegen – einen Orden, der der philippinischen Falange als Anerkennung für ihre unschätzbare verdeckte Hilfe für die kaiserliche japanische Regierung bei der Einnahme von Manila und für eine Menge anderer Dienste verliehen wurde. Zu den anderen Diensten zählte die Bereitstellung von Kolonnen von Lastwagen und Bussen für die japanischen Invasionstruppen in Lingayen, Lamon und anderen Orten. Kaum waren die Hurrufe in Granada verhallt, da gab der Erzbischof von Manila einen Hirtenbrief heraus, der alle Katholiken der Philippinen dazu aufrief, ihre antijapanischen Aktivitäten einzustellen und mit den Japanern zusammenzuarbeiten bei ihren edlen Bemühungen, den Archipel zu befrieden.“ (7)

Tatsächlich gipfelte diese Mitwirkung in der Schaffung von Armeen philippinischer Freiwilliger wie der Makapili (Makabayang Katipunan ng mga Pilipino – Patriotische Liga der Filipinos), der „Friedensarmee“ und der Bisig-Bakal ng Tagala (Eiserne Armee der Tagalog-Frauen). Um dabei zu helfen, die Unterstützung der christlichen Mehrheit der Bevölkerung und der Beamtenelite zu gewinnen, schuf der Generalstab der japanischen Armee sogar eine besondere Religionsabteilung, die aus christlichen Geistlichen und Laien aus Japan bestand. Die Mitglieder dieser Abteilung zogen durchs Land, lasen Messen und hielten Gottesdienste in den örtlichen Kirchen ab und erleichterten die Freilassung verhafteter Religionsvertreter. Der Bischof von Osaka, Taguchi, schloss sich später dieser Abteilung an und führte aktiv die Beschwichtigungskampagne gegenüber der Katholischen Kirche der Philippinen. Aufgrund der politischen Empfehlungen von Bischof Taguchi versuchte die japanische Militärverwaltung, eine umfassende Vereinbarung (Konkordat) mit dem Vatikan abzuschließen, die strittige Forderungen behandelt hätte, wie die nach der Filipinisierung des höheren Klerus der Katholischen Kirche und der Regelung von Kircheneigentumsfragen und Lehrplänen für den Schulunterricht. (8)

Die damals in Manila ansässige spanische Gemeinde war keineswegs homogen, sondern aufgrund des Spanischen Bürgerkrieges zerstritten. Mehrere Lager standen sich gegenüber: linke Republikaner, baskische Hacenderos sowie Falangisten, die die Franco-Regierung blindlings unterstützten. Was die reichen Familien betraf, deren Denken zumeist sehr konservativ war (daher Franco wohlwollend gesinnt), so waren ihre Loyalitäten kurz nach Kriegsbeginn geteilt. Obwohl in der spanischen Gemeinde keine scharfen Konflikte entstanden, die zu Gewalttätigkeiten geführt hätten, verhinderte die dort geschaffene Atmosphäre dennoch ein einheitliches Handeln dieser Bevölkerungsgruppe. Sich für die philippinische Staatsbür-



gerschaft zu entscheiden, war eine Methode, seinen Besitz zu schützen. Dies stand auch im Einklang mit dem Plan von Präsident Quezon zur Förderung einer philippinischen Oberschicht. (9)

### Düsteres Erbe

Militarismus, Faschismus und Ideologien, die Rassismus und Konstrukte einer „Herrenrasse“ verherrlichten, bildeten ein einendes Band zwischen den Achsenmächten. Und es waren die Philippinen, wo die Nazis und Falangistas behilflich waren, faschistisches Gedankengut zu verpflanzen, was sich nach dem japanischen Einmarsch kongenial in Tokios Konzept der „Großasiatischen Wohlstandssphäre“ einbetten ließ. Das Vermächtnis dieses dunklen Kapitels der Geschichte war noch Jahrzehnte später zu spüren.

In den Philippinen erhielten überlebende Filipinos, die in die Freiwilligenverbände auf japanischer Seite eingetreten waren, Freiheitsstrafen und wurden in ihren Heimatgemeinden politisch wie gesellschaftlich geächtet – in krassem Gegensatz zu den Kollaborateuren unter den nationalen Eliten, die nach dem Krieg in den Genuss einer Amnestie kamen und denen kein Haar gekrümmt wurde. Und diejenigen, die mutig die Japaner bekämpft hatten und denen gleichzeitig jedwede ausländische Intervention verhasst war – wie Partisanen der Antijapanischen Volksbefreiungsarmee (Hukbalahap) – wurden als „Banditen“ und „Terroristen“ verfolgt.

Im Nachkriegseuropa wurde kein ernstes Unternehmen, die iberische Halbinsel zu „entfalangsieren“. Im Gegenteil: Franco und seine Kumpanen blieben in Spanien bis 1975 an der Macht. Und auch Portugal befand sich noch Jahrzehnte nach Kriegsende im eisernen Griff des faschistischen Diktators Salazar. Schließlich ist der dominante Einfluss lateinamerikanischer Faschisten in den Nachkriegsdekaden (einschließlich ihrer Kollaboration mit Elementen der US-Geheimdienste) hinlänglich bekannt.

**Dr. Rainer Werning**, Politikwissenschaftler & Publizist mit dem Schwerpunkt Südost- und Ostasien, ist u.a. Philippinen- und Korea-Dozent an der Akademie für Internationale Zusammenarbeit (AIZ), Bad Honnef, sowie Lehrbeauftragter am Institut für Orient- und Asienwissenschaften der Universität Bonn.

### Literatur:

1) Ausführlich in: Rainer Werning, Krone, Kreuz und Krieger – Europäische Vermächtnisse in den Philippinen, Essen 2011 & Peter Duus, Japan's Wartime Empire: Problems and Issues, in: Peter Duus/Ramon H. Myers/ Mark R. Peattie (eds.), The Japanese Wartime Empire, 1931-1945, Princeton 1996. S. xxiii.

2) Ebd.

3) Tausende ausgebildete Reichswehrangehörige wurden als Vormarschtruppe für die „Legion Condor“ eingesetzt. Diese wurde wesentlich von Nazigrößen angeführt und sollte Spanien „zur alten Glorie führen“; sie half dem Faschisten- und Falangistenlager um Franco in deren Kampf gegen die republikanischen Truppen. Auf ihrem Weg massakrierte die Legion Scharen von Zivilisten und legte den Ort Guernica in Schutt und Asche. – Ausführlich in: Allan Chase, Falange - The Axis Secret Army in the Americas, New York 1943.

4) Reinhard Liehr/Günther Maihold/Günther Vollmer (Hg.), Ein Institut und sein General - Wilhelm Faupel und das Iberoamerikanische Institut in der Zeit des Nationalsozialismus. Frankfurt a.M. 2003.

5) A. Chase, a.a.O., S. 38, 39.

6) Ebd. – insbesondere Kapitel 2: Falange es España, or What Really Happened in Manila, S. 32-50.

7) Ebd. – In diesem Zusammenhang erwähnte der Autor, dass sogar die akademische Welt von der Ideologie der Falangisten nicht verschont blieb. Vater Silvestre Sancho, Rektor der vom Dominikanerorden gegründeten University of Santo Tomas in Manila, begab sich nach Madrid und suchte dort nach einem qualifizierten Vertreter für den neu geschaffenen Lehrbereich „Hispanidad“. Seine Wahl fiel auf niemand Geringeren als auf Generalissimo Franco. Dieser hegte die Vision eines wiederbelebten spanischen Empires, das auch Manila einschließen und neben den Achsenmächten friedlich koexistieren sollte.

8) Ikehata Setsuho/Ricardo Trota José (eds.), The Philippines Under Japan: Occupation

Policy and Reaction, Quezon City 1999 & Rheinisches JournalistInnenbüro/Recherche International e.V. (Hg.), „Unsere Opfer zählen nicht“ – Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“, Berlin/Hamburg 2005 – insbesondere das Kapitel über Asien.

9) Florentino Rodao, Spanish Falange in the Philippines, 1936-1945, in: Philippine Studies Vol. 43 (1): 3-26

## Wie im Termitenhügel - Kleinbergbau in Licuan-Baay, Abra



Foto: Dieter Zabel, 2012